

Das neue Heft.
Jetzt im Handel!

Oder hier gratis testen:
www.zeit.de/zg-aktuell



PREIS SCHWEIZ 7.90 SFR

DIE ZEIT

SCHWEIZ-AUSGABE



26. MÄRZ 2020 N° 14

Alle Macht dem Virus?

Ganz Deutschland geht in Quarantäne und versucht, die Seuche abzuwehren. Doch hinter den Fenstern gären auch Zweifel: Ist das alles richtig? Acht Antworten POLITIK SEITE 2/3

Theofoto: Elizabeth Weinberg für DIE ZEIT (23.3.20)

CORONA

Ein krankes System

Erst richtete China den größtmöglichen Schlamassel an. Jetzt gibt sich das Regime als Sieger. Von wegen! VON MATTHIAS NASS

So also geht das: Geschichte wird gefälscht in dem Moment, da sie geschrieben wird. Und wir sind live dabei. China, erfahren wir, hat das Virus daheim so gut wie besiegt, jetzt hilft das Land der Welt. Vor allem den Ländern im Westen, deren Regierungen nichts geregelt kriegen – zu inkompetent, zu chaotisch. »Wäre das chinesische Modell früher übernommen worden, dann könnten die Infektionen weltweit nun unter Kontrolle sein.« So zitierte die *Global Times*, Propagandablatt der chinesischen Führung fürs Ausland, am Montag einen Ökonomen.

Das »Modell China« soll uns alle retten. Ein bisschen verschlägt es einem bei so viel Chuzpe doch den Atem. Als Mitte November im zentralchinesischen Wuhan das neue Virus zum ersten Mal auftrat, wurden Hinweise auf die Gefahr ignoriert, Beweise vernichtet, Ärzte eingeschüchtert, Labore geschlossen. Die Öffentlichkeit erfuhr nichts. Bis dann, abrupt, am 23. Januar Wuhan (und wenig später die ganze Provinz Hubei) abgeschottet wurde. Über Nacht kam keiner mehr hinein, niemand heraus. U-Bahnen, Züge, Busse, Autoverkehr – ohne Vorwarnung gestoppt. Eine Person pro Familie durfte die Wohnung noch zum Einkaufen verlassen. Polizei und Nachbarschaftskomitees kontrollierten vor den Hauseingängen. In anderen Städten Chinas kam Überwachungstechnik zum Einsatz. Wer an Checkpoints auf seinem Smartphone keinen grünen QR-Code (»virusfrei«) vorweisen konnte, durfte nicht passieren.

Die chinesische Führung sieht sich jetzt gestärkt für eine Abrechnung mit den USA

Dass jetzt die Zahl der Infektionen in China nicht mehr ansteigt, ist wunderbar, ein Grund zur Erleichterung für alle. Aber kein Grund, das »chinesische Modell« nachzuahmen. Oder das schneidige Einparteiensystem zu feiern, das nicht lange fackelt, wenn es ernst wird. Auch Demokratien können sehr schnell und sehr entschlossen handeln, Freiheit und Disziplin müssen keine Gegensätze sein. Das beweisen Südkorea und Taiwan, die fabelhaft effektiv gegen das Virus kämpften. Beide Länder waren einst Diktaturen, heute sind sie lebendige Demokratien.

Und die Europäer? Sie sollten sich freuen, dass China ihnen jetzt Hilfe anbietet, und diese dankbar annehmen. Aber sie sollten nicht naiv

sein. Wenn Partei- und Staatschef Xi Jinping im Telefonat mit Italiens Ministerpräsident Giuseppe Conte von einer neuen »Seidenstraße der Gesundheit« schwärmt, dann macht er Politik.

Bedrückend, dass in diesen Tagen voller Hilfsbereitschaft und Solidarität die Außenpolitik gleich wieder in ihre hässliche Routine zurückfällt. Mitten in der Pandemie giften sich die beiden Weltmächte China und Amerika an. In Peking verbreitet ein Sprecher des Außenministeriums, das Virus stamme gar nicht aus China, es sei im Oktober von US-Soldaten bei Sportwettkämpfen nach Wuhan eingeschleppt worden. In Washington sagt der republikanische Senator Tom Cotton, ein enger Trump-Vertrauter: »China hat diese Seuche auf die Welt losgelassen, und China muss dafür zur Rechenschaft gezogen werden.« Trump selbst schürt Ressentiments. Eigenhändig strich er auf seinem Sprechzettel das Wort »Coronavirus« durch und ersetzte es durch »chinesisches Virus«.

Die chinesische Führung sieht sich durch ihren Sieg im »Volkskrieg« gegen das Virus gestärkt, auch für eine Abrechnung mit der amerikanischen Presse. In wenigen Tagen müssen mehr als ein Dutzend China-Korrespondenten der *New York Times*, der *Washington Post* und des *Wall Street Journal* das Land verlassen. Es sind gerade diese Zeitungen, die am gründlichsten und besten aus der Volksrepublik berichten, über die Korruption in höchsten Parteikreisen, die Verfolgung von Menschenrechtsanwälten, die Internierungslager in Xinjiang – und über den Ausbruch des Coronavirus. Ohne sie und die wenigen anderen Medien ihres Ranges wüssten wir nicht halb so viel über das wahre China. Der Versuch, sie zum Schweigen zu bringen, ist auch nicht damit zu rechtfertigen, dass die Regierung Trump von chinesischen Staatsmedien verlangte, die Zahl ihrer Mitarbeiter in den USA von 160 auf 100 zu reduzieren.

Schon immer zensierte die chinesische Führung die eigenen Medien. Jetzt aber greift sie massiv in die Informationsfreiheit jenseits der eigenen Grenzen ein. Das ist empörend. Und hochgefährlich. Nicht nur im Kampf gegen das Virus. Eine offene Gesellschaft lässt sich nur mit Wissen und freier Meinung schützen. Es gibt keinen besseren Abwehrstoff gegen das Gift der autoritären Versuchung.

www.zeit.de/audio

HOCHSCHULEN

Die Super-Zivis

Studierende und Professoren könnten in der Corona-Krise ganz besonders helfen – mit einem Solidarsemester VON ANNA-LENA SCHOLZ

Leider stimmt nicht, was Madonna behauptet: dass uns das Coronavirus alle gleich mache. Nicht für alle sind die Wochen der Isolation ein »Urlaub vom Leben« (Musil), nicht alle treffen die Folgen des Virus gleichermaßen. Doch wem kommt jetzt besondere Verantwortung zu? Wer kann in den kommenden Monaten helfen, anpacken, weiterdenken? Es gibt eine Gruppe, die aufgrund ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage besonders widerstandsfähig ist: die akademische Gemeinschaft an den Hochschulen. Niemand hat so viel Freiheit, den Lebensplan spontan umzuschreiben, wie die fast drei Millionen Studierenden. Keiner bündelt so viel fachliches Wissen und intellektuelle Unabhängigkeit wie die Hunderttausenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Und kaum einer ist finanziell so abgesichert wie die 50.000 verbeamteten Professoren. Wieso legen sie nicht alle bis zum Herbst ein solidarisches Praxissemester ein? Als akademische Super-Zivis.

Mit einem unbürokratischen Corona-Bafög könnten sie loslegen

Studierende der Medizin machen es vor, Tausende haben sich in den Kliniken gemeldet, um auf den überlasteten Stationen auszuweichen. Kommilitonen anderer Fächer stoßen Initiativen in der Nachbarschaft an, gehen für alte Menschen einkaufen. Einige Hochschulen verteilen Freiwillige auf Hilfsprojekte.

Dieses Engagement sollte sofort ausgebaut und gefördert werden. In der kommenden Zeit wird überall Unterstützung nötig sein: in Verwaltungen, Betrieben, der Landwirtschaft, im Einzelhandel, in Sozialeinrichtungen. Es wäre verschenkt, säßen gerade die jungen Flexiblen in ihren Buden, wo sie sich um Prüfungsfristen, Regelstudienzeiten und ihren Kontostand sorgen. Zwei Drittel aller Studierenden arbeiten nebenher, viele ihrer Jobs brechen weg. Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) hat bereits zugesichert, dass niemandem Nachteile erwachsen sollen, wenn das Studium länger dauert. Warum aber sollte man nicht sogar Vorteile haben – zum Nutzen aller? Mit einem unbürokratischen Corona-Bafög könnten sie dort loslegen, wo sie gebraucht werden und wo das Studium sie vielleicht sowieso hinführt. Dass auch ihre Profs zu Zivis würden, ist eine

charmante Vorstellung, die mit dem Klischee vom Elfenbeinturm bräche.

Funktionieren kann das nur, wenn die Hochschulen jetzt kühn sind und den Corona-Schock schneller abschütteln als andere. Sie könnten Angebot und Nachfrage bündeln: Wer braucht Hilfe, wer will helfen, wer kann was? Viele Hochschulen sind mit umliegenden Regionen und Unternehmen vernetzt – sie könnten die Einzelhilfen koordinieren, sie sogar mit eigenen Forschungsprojekten verzahnen. Praktika sind ohnehin in fast jedem Fach vorgesehen, bislang jedoch in starren Studienverlaufsplänen – die Fakultäten könnten sie luftig umgestalten. Und die Schulabgänger ohne Abiturprüfung? Beschreiten vielleicht einen neuen akademischen Ausbildungsweg: erst Corona, dann das Engagement, später die Theorie. Die Aufgabe der Hochschulleitungen und ihrer Verwaltungsapparate bestünde darin, den Corona-Zivis alle Wege zu ebnen. Studierende und Lehrende benötigen Freiräume und eine großzügige Deutung der Begriffe »Forschung« und »Lehre«. Soziales Engagement sollte als Studienleistung angerechnet werden, Corona-Beratung durch Wissenschaftler das Vorlesungsdeputat ersetzen.

Natürlich gibt es tausend praktische Einwände gegen solche Solidarsemester. Die Hochschulen sind von der Krise genauso betroffen wie andere auch. Sie sind Kolosse, momentan aufgeben zwischen zu berechnenden Prüfungsfristen und zu versorgenden Labortieren. Weder die technische Infrastruktur noch die Fertigkeiten des Personals reichen aus, um ganz auf digitale Lehre umzustellen. Das anstehende Sommersemester pragmatisch als »Nichtsemester« zu deklarieren, wie in dieser Woche gefordert, ist zu wenig. Nichtsemester klingt nach Nullsummenspiel. Die Corona-Krise aber verlangt nach mehr. Ihre ökonomischen und psychologischen Auswirkungen werden horrend sein, vor allem für Arme, Alte, Einsame. Die Lücke zwischen jenen, die klarkommen, und jenen, die sich nicht zu helfen wissen, reißt im Ausnahmezustand auf.

Das Virus hat die Wissenschaftler und Universitäten dieser Welt auf die große Bühne gehoben – es hat gezeigt, dass es ohne Forschung nicht zu besiegen ist. Der akademischen Gemeinschaft ist damit größere Verantwortung aufgetragen als vielen anderen. Sie kann jetzt beweisen, dass sie nicht nur auf sich, sondern auf die ganze Gesellschaft schaut.

www.zeit.de/audio

Mit 3 Seiten ZEIT für die Schweiz



Nun fehlt sogar das Trinkgeld

In der Krise boomen Food-Lieferdienste. Den Preis bezahlen die Kurierere

Schweiz, Seite 16

ROT TRIFFT GRÜN



Der Schriftsteller Uwe Timm spricht mit Robert Habeck über alte und neue Linke

Seite 53

PROMINENT IGNORIERT



Geld oder Leben

Als Polizei und Feuerwehr zu einem brennenden Haus in den Niederlanden eilten, flogen ihnen nicht nur Funken entgegen, sondern auch Geldscheine. Ein 43-jähriger Mann warf 100.000 Euro vom Balkon. Jetzt prüft die Polizei, ob es sich um Geldwäsche handelt. Sie sollte bedenken: Frisch gewaschenes Geld brennt schlecht. Vielleicht war der Mann sein Vermögen lieber als das Leben. GRN.

Kleine Fotos (v. o.): Flurina Rothenberger für DIE ZEIT; ddp; laif; dpa

Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG,
20079 Hamburg
Telefon +49-40 / 32 80 - 0; E-Mail:
DieZeit@zeit.de, Leserbrieft@zeit.de

ZEIT ONLINE GmbH: www.zeit.de;

ZEIT-Stellenmarkt: www.jobs.zeit.de

Abonnement Österreich,
Schweiz, restliches Ausland
DIE ZEIT Leserservice,
20080 Hamburg, Deutschland
Telefon: +49-40 / 42 23 70 70
Fax: +49-40 / 42 23 70 90
E-Mail: abo@zeit.de

N° 14

75. JAHRGANG C 7451 C



CH 4